



2000/18 Ausland

<https://ads.jungle.world/artikel/2000/18/guerilla-zone-nr-2>

Bogotá sagt der ELN Entmilitarisierung zu

Guerilla-Zone Nr. 2

Von **dario azzellini**

<none>

Am Oster-Wochenende einigten sich Vertreter der kolumbianischen Regierung und der zweitgrößten Guerilla des Landes, der ELN (Nationales Befreiungsheer), drei Landkreise mit einer Gesamtfläche von 4 725 Quadratkilometer zu entmilitarisieren. Damit ging Administration von Präsident Pastrana nach 18 Monaten Blockade-Haltung auf die Forderungen der ELN ein.

Während die größte Guerilla des Landes, die FARC, bereits seit Anfang 1999 über ein entmilitarisiertes Gebiet verfügt, hatte die kolumbianische Regierung die Errichtung einer ebensolchen Zone für die kleinere ELN bisher verweigert.

In den vergangenen Monaten hatte die ELN starken Druck ausgeübt, um zu einer Einigung zu gelangen. Ein Schwerpunkt waren dabei Anschläge auf das Energieversorgungs-Netz. In der ersten April-Woche rief die ELN zusätzlich einen »bewaffneten Streik« aus. Sieben Tage lang wurden viele wichtige Verbindungsstraßen im Land blockiert oder durch die Sprengung von Brücken unpassierbar gemacht. Als spektakulärster Coup gelang die Befreiung von 55 inhaftierten Gesinnungsgenossen bei einem Angriff auf das Gefängnis von Cœcuta. Anschließend verkündete die Guerilla-Organisation über die Oster-Feiertage einen zehntägigen einseitigen Waffenstillstand als Zeichen guten Willens und ließ einige in ihrer Macht befindliche Gefangene frei. Die Regierung nahm dies zum Anlass, auf die Forderungen der ELN einzugehen.

Nun müssen nur noch die Details der Entmilitarisierung fest gelegt werden. Bisher einigte man sich darauf, dass die Entmilitarisierung die Landkreise San Pablo und Cantagallo im Departement Bolivar und Yond~ im Departement Antioquia umfasst. Aus diesen Gebieten werden sowohl Polizei wie auch Armee zurückgezogen, während die zivilen Behörden weiter arbeiten dürfen. Als Ordnungsmacht werden hier die Guerilla und eine zivile kommunale Truppe auftreten. Vorläufig wurde für die Entmilitarisierung ein Zeitraum von neun Monaten vereinbart, der aber verlängerbar sein soll.

In den entmilitarisierten Gebieten sollen sowohl Gespräche mit der Regierung sowie die von der ELN vorgeschlagene »Nationale Konvention« stattfinden. »Wir begreifen sie als Arbeits- und Diskussionsforen, in denen vorwärts weisende Vorschläge formuliert werden können«, erläutert Felix Murillo, ELN-Sprecher in Europa, »es sollen 300 Delegierte aller gesellschaftlichen Kräfte

teilnehmen: Gewerkschafter, Vertreter der Bauernverbände - auch der regierungsnahen -, der schwarzen Communitys und der Indianer, die politischen Parteien, Vertreter der verschiedenen sozialen Bewegungen, der Exilierten usw.« Die Konvention soll zu fünf verschiedenen Themen-Komplexen jeweils eine Woche lang tagen. Gleich zu Beginn steht das Thema »Internationales humanitäres Recht, Menschenrechte, Aufständische und Konflikt«. Es folgen »Natur-Ressourcen und Energie-Politik«, »Demokratie, Staat, Streitkräfte und Korruption«, »Wirtschaft und soziale Probleme« und »Kultur und Identität, Nation-Region, Agrar-Problematik und Drogenhandel«.

Zum Problem könnte jedoch noch werden, dass die mit dem Militär kollaborierenden Paramilitärs angekündigt haben, die entmilitarisierte Zone nicht zu respektieren. So fielen nur wenige Tage nach der Bekanntmachung auch schon die ersten 60 Paramilitärs in die Landkreishauptstadt Cantagallo ein.